

	 <b>CDU</b> <b>Wahlprogramm:</b> „Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben.“ vom 03.07.2017	 <b>SPD</b> <b>Wahlprogramm:</b> „Zeit für mehr Gerechtigkeit.“ vom 25.06.2017	 <b>Linkspartei</b> <b>Wahlprogramm:</b> „Sozial. Gerecht. Frieden. Für alle.“ Vom 09.-11.06.2017	 <b>B90/Grüne</b> <b>Wahlprogramm:</b> „Zukunft wird aus Mut gemacht.“ vom 18.06.2017	 <b>FDP</b> <b>Wahlprogramm:</b> „Schauen wir nicht länger zu.“	 <b>AfD</b> <b>Wahlprogramm:</b> „Programm für Deutschland“ Vom 22./23.04.2017
<b>Gute Arbeit und Arbeit 4.0</b>						
<b>Digitalisierung und Veränderungen in der Arbeitswelt</b>	<p>„CDU und CSU wollen, dass digitaler Fortschritt und Innovation im Dienste der Menschen stehen: Dass sie die Arbeitswelt humaner machen...“ (S. 48)</p> <p>„Viele Arbeits- und Produktionsprozesse werden sich weltweit tiefgreifend verändern. In großer Zahl werden bisherige Arbeitsplätze wegfallen, aber es werden auch viele Millionen Arbeitsplätze neu entstehen. Unser Ziel ist klar: Am Ende des Transformationsprozesses soll es in Deutschland mehr Arbeitsplätze geben als heute. „Deutschland ist heute weltweit führend bei der Vernetzung von Maschinen und Menschen im Bereich der industriellen Produktion (Industrie 4.0). Diesen Vorsprung wollen wir ausbauen und auf alle Bereiche ausdehnen, also auch auf Dienstleistungen und Verwaltung (Wirtschaft 4.0).“ (S. 51)</p>	<p>„Die Digitalisierung verändert die Arbeitswelt grundlegend. Sie eröffnet Chancen und birgt Risiken. Auch digitale Arbeit muss gute Arbeit sein. Der Arbeitnehmer- und Betriebsbegriff muss entsprechend den Veränderungen durch die Digitalisierung angepasst werden, damit die Schutzfunktion des Arbeitsrechts erhalten bleibt. Es ist eine politische Aufgabe, die Digitalisierung unserer Arbeitswelt zu gestalten. Arbeiten 4.0 heißt für uns: Gesetzliche Rahmenbedingungen, tarifvertragliche Regelungen und betriebliche Ausgestaltung müssen ineinandergreifen, um die Chancen zu nutzen. Mehr selbstbestimmte Arbeitszeitgestaltung ist ein zentrales Ziel, um mehr Vereinbarkeit von Arbeit und Leben zu ermöglichen.“ (S. 15f.)</p> <p>„Unser Ziel: unbefristete Arbeit – sozial abgesichert und nach Tarif bezahlt. Das muss für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wieder der Normalfall sein.“ (S. 11)</p> <p>„Auch in einer digitalisierten Arbeitswelt sind Ruhezeiten weiter nötig! Wir werden eine Klarstellung des Rechts auf Nicht-Erreichbarkeit schaffen, um Belastungen, die sich mit orts- und zeitflexibler Arbeit verbinden, zu begrenzen.“ (S.23)</p>	<p>„Die Digitalisierung führt zu veränderten Anforderungen an die Arbeit und Qualifikation der Menschen. Wenn Maschinen Abläufe selbstständig übernehmen, müssen die Arbeitenden höhere Kompetenzen für Problemlösung und Kommunikation haben. Von den Beschäftigten wird erwartet, dass sie sich lebenslang weiterbilden, um mit den technischen Veränderungen Schritt zu halten. Bislang werden die Menschen mit dieser Anforderung im Stich gelassen.“ (RN 376)</p> <p>"Flexibilität im Arbeitsleben muss sich nach den Bedürfnissen der Beschäftigten und nicht nach der Wirtschaft richten." (RN 402)</p> <p>Grundsätzlich will die LINKE ein „neues Normalarbeitsverhältnis“ (RN 242/247), lässt aber offen, inwiefern sich dieses von dem ebenfalls erwähnten und beschriebenen „alten“ Normalarbeitsverhältnis unterscheiden soll.</p>	<p>„Heute sind in Deutschland mehr Menschen erwerbstätig denn je, in den letzten Jahren sind hunderttausende neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstanden und die Erwerbslosigkeit ist relativ gering. Ein Viertel der Beschäftigten befindet sich jedoch in kleinen Teilzeitjobs, Leiharbeit, Arbeit auf Abruf, Minijobs oder immer wieder in befristeten Jobs. Viele dieser Jobs sind unsicher, schlecht bezahlt, erschweren die Lebens- und Familienplanung und führen auf Dauer zu Armut im Alter. Nach wie vor sind Frauen am Arbeitsmarkt benachteiligt. Überlastung, Stress und Zeitnot führen zum Raubbau an der eigenen Gesundheit und Person. Das wollen wir ändern.“ (S. 216)</p> <p>„Unsere Arbeitswelt wandelt sich sehr stark durch globalisierte Unternehmen und digitalisierte Arbeitsplätze. Wir GRÜNE wollen diese Entwicklungen fair für alle gestalten. jede*r soll unter guten Bedingungen arbeiten können. Arbeitsplätze müssen alters- und altersgerecht ausgestaltet werden.“ (S. 216)</p>	<p>„Die Digitalisierung ist eine gewaltige Chance für mehr Wohlstand, selbstbestimmteres Arbeiten und einen unkomplizierteren Staat.“ (S. 16)</p> <p>Beschäftigte sollen selbstbestimmter arbeiten, ohne die „Bremse“ von Regelungen aus dem Industriezeitalter (S. 83)</p> <p>„Die Digitalisierung ist die umwälzendste Veränderung unseres Lebens seit dem Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft. Wir Freie Demokraten verstehen uns als Anwalt der neuen Möglichkeiten der Digitalisierung. Wir richten unseren Blick vor allem auf die Potenziale für mehr Wohlstand sowie bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen.“ (S. 45)</p>	<p>„Ein gesellschaftliches Klima für eine offene, unbelastete Diskussion neuer Technologien und Entwicklungen zu fördern.“ (S. 66)</p> <p>Schlüsseltechnologien, die für Deutschland relevant sind, müssen identifiziert werden und durch substantielle Förderungsmodelle vorrangig entwickelt werden.“ (S. 67)</p> <p>Der zunehmende Anteil von prekären Beschäftigungsverhältnissen wirkt sich negativ auf den Wohlstand aus. Daraus entstehen Negativwirkungen für die Demografie. Zudem leidet der Aufbau der eigenen Altersvorsorge. (S.53)</p>
<b>Leiharbeit und Befristung von Arbeit</b>	<p>„Befristete Arbeitsverhältnisse dürfen unbefristete Arbeitsverhältnisse nicht einfach ersetzen. Deshalb werden wir offenkundige Missbräuche abstellen... -Durch die Neuregelung von Zeit-, Leiharbeit und Werkverträgen haben wir bereits wichtige Verbesserungen für die Arbeitnehmer erzielt.“ (S. 13)</p> <p>„Wir finden uns mit der hohen Zahl von Langzeitarbeitslosen nicht ab. Wir werden ihre Qualifizierung, Vermittlung und Re-Integration in den Arbeitsmarkt deutlich verbessern.“ (S. 12)</p>	<p>„Deshalb werden wir die sachgrundlose Befristung abschaffen .... Die Sachgründe für Befristungen werden wir einschränken und die Möglichkeit von Kettenbefristungen begrenzen. ... Wir wollen Existenz sichernde Arbeit anstelle prekärer Beschäftigung ermöglichen. Leiharbeiter und Werkvertragsnehmer brauchen besseren Schutz. ... Unser Ziel ist, dass Leiharbeit vom ersten Tag an genauso vergütet wird, wie in der Stammbesellschaft. Davon darf durch repräsentative Tarifverträge abgewichen werden. Die Koppelung eines Leiharbeitsverhältnisses an einen Arbeitseinsatz (Synchronisation) soll unzulässig sein. (S. 21)</p>	<p>„Befristungen ohne sachlichen Grund, Minijobs und Leiharbeit werden ausgeschlossen“(RN 160);</p> <p>„Sachgründe müssen strikt beschränkt, Kettenbefristungen verboten werden.“ (RN 267)</p> <p>„Der zweite Arbeitsvertrag beim gleichen Arbeitgeber muss unbefristet sein.“(RN 268)</p> <p>„Befristungen sollen auf längstens ein Jahr beschränkt sein.“ (RN 269)</p> <p>„Der Einsatz von Leiharbeitern und die Vergabe von Werkverträgen müssen an die „Zustimmung des Betriebsrates und die Einhaltung der im Kernbetrieb gültigen Tarifverträge gebunden werden.“ (RN 277)</p>	<p>„Viele Millionen Menschen arbeiten in Leiharbeit oder befristet. Was im Sinne der Flexibilität gelegentlich sinnvoll sein kann, wird oft missbraucht, um Löhne dauerhaft zu senken. Den Trend zu immer mehr unsicheren Jobs wollen wir GRÜNE umkehren. Ohne guten sachlichen Grund sollten Jobs nicht mehr befristet werden können und Leiharbeit ab dem ersten Tag gleich bezahlt werden – plus Flexibilitätsprämie.“ (S.193)</p>	<p>„Wir verteidigen einen flexiblen Arbeitsmarkt und die Tarifautonomie und dürfen etwa die Zeitarbeit oder Befristungen nicht weiter einschränken. Flexibilität am Arbeitsmarkt schafft nicht nur Möglichkeiten zum Einstieg, sondern reduziert auch Arbeitsplatzverluste in Krisen. Darüber hinaus setzen wir uns für ein Gesamtkonzept zum Empowerment für Erwachsene ein. ...Wir Freie Demokraten wollen überflüssige Regulierungen bei der Zeitarbeit abbauen. Denn Deutschland braucht auch in Zukunft einen flexiblen Arbeitsmarkt.“ (S. 64)</p>	<p>Gesetzliche Obergrenze von 15 Prozent Beschäftigte mit Leih- oder Werkverträgen in Unternehmen (S. 52)</p> <p>„Leiharbeit muss nach einer sechsmonatigen Beschäftigungszeit einer festen Anstellung gleichgestellt werden. Zeitarbeitsverträge dürfen nur einmal verlängert werden.“ (S. 52)</p>
<b>Umgang mit Tarifflicht</b>		<p>„Tarifgebundenen Betrieben geben wir mehr Gestaltungsmöglichkeiten als Betrieben ohne Tarifbindung. Die</p>	<p>„Die Arbeitgeberseite kann gegen die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen ein Veto einlegen. Das</p>	<p>„Tarifverträge sollen leichter allgemein verbindlich gemacht werden können und für alle Betriebe einer Branche</p>		

		Möglichkeit der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen werden wir weiter verbessern und die Voraussetzungen präzisieren. (S.22)  „Wir wollen die kollektive Nachwirkung von Tarifverträgen, etwa im Falle der Auslagerung von Betrieben oder Betriebsteilen, bis zur Ablösung durch einen neuen Tarifvertrag.“ (S. 22)	wollen wir abschaffen. ... Bei Betriebsübergängen und Auslagerungen müssen die bisherigen Tarifverträge in ihrer jeweils gültigen Fassung unbefristet geschützt bleiben.(RN 302ff.)	gelten. Wir brauchen starke Betriebsräte. Wir wollen sie besser schützen, ihre Mitbestimmungsrechte ausbauen und den Schwellenwert für die paritätische Unternehmensmitbestimmung auf 1.000 Beschäftigte absenken. Denn Partizipation und Demokratie sind auch im Wirtschaftsleben wichtig.“ (S.218)		
<b>Stärkung der Tarifautonomie</b>	„ Wir wollen die Tarifautonomie, die Tarifpartnerschaft und die Tarifbindung deshalb stärken und ermutigen.“ (S. 15)	„Deshalb werden wir den eingeschlagenen Weg der gesetzlichen Privilegierung von Tarifpartnerschaft fortsetzen.“ (S. 22)	Umfassendes Verbandsklagerecht zur Einhaltung von Tarifverträgen und gesetzlichen Bestimmungen für Gewerkschaften (490)  Rücknahme des Tarifeinheitsgesetzes (RN 493ff.)		„Wir verteidigen einen flexiblen Arbeitsmarkt und die Tarifautonomie und dürfen etwa die Zeitarbeit oder Befristungen nicht weiter einschränken.“ (S.64)	
<b>Mindestlohn</b>	„Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland hat sich grundsätzlich bewährt. ... In der Praxis hat sich allerdings gezeigt, dass viele Regelungen zu bürokratisch und wenig alltagstauglich sind.... Unser erklärtes Ziel ist daher der Abbau unnötiger Bürokratie gleich zu Beginn der neuen Wahlperiode.“ (S. 12)	„Die Ausnahmen beim Mindestlohn für Langzeitarbeitslose werden wir abschaffen. Wo reguläre Arbeit geleistet wird, muss auch regulär bezahlt werden. Die Ausnahmen für die U-18-jährige werden wir auf ihre Auswirkungen evaluieren“ (S.21f.)	„Den gesetzlichen Mindestlohn erhöhen wir auf 12 Euro.“ Er muss flächendeckend gelten, und es darf dabei keine Ausnahmeregelungen geben. Außerdem muss der Mindestlohn jährlich mindestens gemäß der Produktivitäts- und Preisentwicklung angehoben werden, und es „müssen dringend mehr staatliche Kontrolleureinnen und Kontrolleure eingestellt werden“ um den Mindestlohn zu kontrollieren.(RN 255ff.)	Weil der allgemeine Mindestlohn zwar ein Meilenstein ist, aber noch viel zu oft umgangen wird, fordern die Grünen, dass der Mindestlohn für alle regulär Angestellten gelten muss. „Außerdem brauchen wir mehr branchenspezifische Lohnuntergrenzen oberhalb des Mindestlohns, damit der unternehmerische Konkurrenzkampf nicht zu Lasten der Beschäftigten geht.“ (S.217)	„Wir Freie Demokraten fordern eine Vereinfachung der Dokumentationspflichten beim Mindestlohn... Die Gesetzgebung bürdet den Arbeitgebern dabei bürokratische Lasten auf, die in vielen Bereichen noch weit schwerer wiegen als die zusätzlichen Lohnkosten.“ (S. 142)  „Außerdem wollen wir für Flüchtlinge eine Ausnahme vom gesetzlichen Mindestlohn, wie für Langzeitarbeitslose, einführen.“ (S. 71)	„Die AfD befürwortet einen gesetzlichen Mindestlohn, da er bei den jetzigen Verhältnissen die vergleichsweise schwache Position der Niedriglohneempfänger gegenüber den Interessen der Arbeitgeber stärkt. Insbesondere erlaubt der Mindestlohn eine Existenz jenseits der Armutsgrenze und die Finanzierung einer, wenn auch sehr bescheidenen, Altersversorgung, die ansonsten im Wege staatlicher Unterstützung von der Gesellschaft zu tragen wäre.“ (S.52)
<b>Arbeitszeit</b>						
<b>Neue Regeln und Selbstbestimmteres Arbeiten</b>	„Mit neuen Arbeitszeitmodellen wollen wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern. Dabei kann uns die Digitalisierung helfen.“ (S. 51)  „Wir werden das Arbeitszeitrecht so modernisieren, dass die Tarifpartner zusätzliche Spielräume zur Flexibilisierung, wie sie die europäische Arbeitszeitrichtlinie eröffnet, im Rahmen von Tarifverträgen nutzen können. Die Gesamt-Wochenarbeitszeit erhöht sich dadurch nicht.“ (S. 14)	„Die arbeitnehmerfeindliche und immer weiter ausufernde Verbreitung von "Arbeiten auf Abruf" werden wir eindämmen. Auch geringfügige Beschäftigung wollen wir abbauen, den Missbrauch bekämpfen und Beschäftigten den Weg aus Minijobs in sozialversicherungspflichtige Arbeit öffnen.“ (S.21)  „Beschäftigte sollen mehr Wahlmöglichkeiten bei ihrer Arbeitszeit und für ihren Arbeitsort erhalten, sofern betriebliche Belange dem nicht entgegenstehen. Wir wollen daher, in enger Abstimmung mit Gewerkschaften und Unternehmen, ein Wahlarbeitszeitgesetz auf den Weg bringen, in dem Rechtsansprüche der Beschäftigten, finanzielle Unterstützung in bestimmten Lebensphasen und Anreize für die Aushandlung betrieblicher Wahlarbeitskonzepte miteinander verzahnt sind.“ (S. 22)	„Wir wollen Arbeit so umverteilen, dass die einen nicht mehr in Stress und Überstunden untergehen und die anderen nicht so viel Arbeit finden, wie sie wollen. Kürzere Vollzeit um die 30 Stunden in der Woche mit guten Standards: Wir wollen ein neues Normalarbeitsverhältnis und ein Recht auf Feierabend.“ (RN 170 ff.)  „Flexibilität im Arbeitsleben muss sich nach den Bedürfnissen der Beschäftigten richten.“ (RN 402f.)  „DIE LINKE kämpft für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und notwendigem Personalausgleich. Wir unterstützen Gewerkschaften und Initiativen beim Kampf um kürzere Arbeitszeiten und mehr Zeitsouveränität.“ (RN 475ff.)  „Sechs Stunden Arbeit pro Tag im Schnitt sind genug! ... Im 21. Jahrhundert brauchen wir eine flexiblere und kürzere Normalarbeitszeit, eine kurze Vollzeit, die um die 30-Stunden-Woche kreist.“ (RN 472ff.)	„Beweglichkeit und ein Abschiednehmen von überholten Mustern ist gefragt, um die Anforderungen der Arbeitswelt mit den Bedürfnissen der Beschäftigten mehr in Einklang zu bringen und dafür zu sorgen, dass die Arbeit, Aus- und Weiterbildung sowie Studium besser ins Leben passen“ (S.210) „Für Kinderbetreuung, Pflege und Weiterbildung soll es möglich sein, finanziell abgesichert die Arbeitszeit zu reduzieren.“ (S.131)	„Selbstbestimmt zu leben, bedeutet auch selbstbestimmt zu arbeiten. Viele Unternehmen und viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind hier längst weiter als der Staat. Viele Regelungen des Industriezeitalters bremsen die Menschen und Unternehmen aus, um selbstbestimmter und flexibler zu arbeiten. Ändern wir das!“ (S. 83)  „Deshalb wollen wir das Arbeitszeitgesetz flexibilisieren, indem die bisherige Grenze der täglichen Höchstarbeitszeit von acht beziehungsweise zehn Stunden sowie in den nicht sicherheitsrelevanten Bereichen die elfstündige Ruhezeit aufgehoben wird. Stattdessen soll nur die wöchentliche Höchstarbeitszeit von 48 Stunden festgeschrieben sein, so, wie es auch die Europäische Arbeitszeitrichtlinie vorsieht.“ (S.84)	
<b>Arbeitszeit-reduzierung mit Rückkehrrecht</b>	„Um die Rückkehr in berufliche Vollzeit-Arbeit zu erleichtern, wollen wir künftig in Betrieben ab einer bestimmten Größe auch einen Anspruch auf befristete Teilzeit schaffen. Wir werden zügig mit den Sozialpartnern über Art	„Ein wichtiger Baustein ist hierbei das Recht, nach einer Phase der freiwilligen Teilzeitarbeit auf die frühere Arbeitszeit zurückzukehren. Vor allem Frauen sind von der sogenannten Teilzeitfalle betroffen. Dies wirkt sich vor allem bei	„Der bestehende Rechtsanspruch auf Teilzeit (verankert im Teilzeit- und Befristungsgesetz) muss durch ein Rückkehrrecht auf die vorherige vertragliche Arbeitszeit ergänzt werden.“ (RN 446 ).	„Der bestehende Rechtsanspruch auf Teilzeit soll um ein Rückkehrrecht auf den früheren Stundenumfang, um ein Recht auf Homeoffice als Ergänzung zum festen Arbeitsplatz, sofern dem keine wichtigen betrieblichen Belange		

	und Inhalt der Regelung sprechen.“ (S. 26)	der Rente aus. Wir werden ihnen die Möglichkeit geben, die Planung über Karriere und Berufsleben selbst in der Hand zu behalten.“ (S.22)		entgegenstehen, und um eine Mitsprache bei der Lage der Arbeitszeit ergänzt werden.“ (S.221)		
<b>Vereinbarung von Arbeit und Leben</b>	„Gemeinsam mit den Tarifpartnern werden wir flexible Modelle entwickeln, die es Familien ermöglichen, gemeinsam mehr Zeit miteinander zu verbringen. Wir werden prüfen, ob im Rahmen von Familien- und Lebensarbeitszeitkonten mehr Spielraum für Familienzeit geschaffen werden kann.“ (S. 26)	Für Pflege und Familienzeiten, in denen Beschäftigte ihre Arbeitszeit reduzieren, möchte die SPD ein Familiengeld in Höhe von 150 Euro als Entgeltausgleich einführen. (S. 9f., 15)  „Zudem wollen wir Langzeitkonten für Beschäftigte und Betriebe attraktiver machen. Wenn viel Arbeit anfällt, muss es möglich sein, zusätzlich geleistete Arbeitszeiten anzusparen. In ruhigeren Phasen oder wenn mehr Zeit für die Familie gebraucht wird, kann dann weniger gearbeitet werden.“ (S.22)	„Die gesetzliche Wochenhöchstleistungszeit muss sofort auf 40 Stunden reduziert werden.“ (RN 422f.)  Recht auf Nichterreichbarkeit außerhalb der Arbeitszeit. (RN 427)  Atypische und belastende Arbeitszeiten sollen durch zusätzlichen Freizeitausgleich kompensiert werden (RN 432f.)  Eine durch den Arbeitgeber bezahlte Pflegezeit von bis zu sechs Wochen, um eine neue Pflegesituation von Angehörigen organisieren zu können (RN 452ff.)	„Beweglichkeit und ein Abschiednehmen von überholten Mustern ist gefragt, um die Anforderungen der Arbeitswelt mit den Bedürfnissen der Beschäftigten mehr in Einklang zu bringen und dafür zu sorgen, dass die Arbeit, Aus- und Weiterbildung sowie Studium besser ins Leben passen“ (S.210) „Für Kinderbetreuung, Pflege und Weiterbildung soll es möglich sein, finanziell abgesichert die Arbeitszeit zu reduzieren.“ (S.131)	„Damit jeder seinen individuellen Lebensweg beschreiten kann, brauchen wir mehr Freiräume und hierfür flexiblere Instrumente. Ein entscheidendes Element hierfür kann ein Langzeitkonto sein – zum Beispiel für mehr Luft in der „Rush Hour“ des Lebens, bei der Vereinbarkeit von Arbeit und Familie, für ein Postgraduiertenstudium oder wenn man mit einem Sabbatical einmal aussetzen will.“ (S.83)  „Der öffentliche Dienst als Arbeitgeber sollte an dieser Stelle vorangehen und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern offensiv Möglichkeiten zum Homeoffice ermöglichen, sofern keine dringenden betrieblichen Belange entgegenstehen.“ (S. 84)  „Zudem wollen wir familienfreundliche Arbeitszeitmodelle fördern.“ (S. 89)	
<b>Mitbestimmungsrechte des BR</b>			Betriebs- und Personalräte müssen umfassende Mitbestimmungsrechte bei Personaleinsatz, Zielvorgaben und Arbeitsplanung erhalten. (RN 419f.)			

## Bildung und Weiterbildung

<b>Förderung von Bildung und beruflicher Fortbildung</b>	„Alle Kinder in Deutschland sollen unabhängig von Herkunft, Einkommen oder Bildungsstand der Eltern die beste verfügbare Bildung und Ausbildung erhalten.“ (S. 34)  „Unser Land braucht geeignete und qualifizierte Fachkräfte in großer Zahl. Deshalb werden wir unsere Anstrengungen in den Bereichen Bildung, Ausbildung und Weiterbildung erheblich verstärken.“ (S. 11)  „Wir setzen uns für die Durchlässigkeit zwischen Schultypen und Ausbildungswegen ein. Wir setzen uns für die leistungsschwächeren Schülerinnen und Schüler ebenso wie für die leistungsstarken ein. Wir wollen das Gymnasium als eigenständige Schulform auch künftig erhalten. Durch einen neuen Rechtsanspruch auf eine bedarfsgerechte Betreuung im Grundschulalter schaffen wir eine entscheidende Voraussetzung dafür, dass dieser wichtige Bildungsabschnitt für möglichst viele Kinder erfolgreich verläuft – auch für diejenigen aus bildungsferneren Schichten.“ (S. 35)  „Wir bekennen uns zur dualen Ausbildung in Betrieb und Schule und wollen sie stärken.“ (S. 14)	„In der Arbeitswelt von morgen kommt der Weiterbildung eine Schlüsselrolle zu. Wir brauchen deshalb eine Weiterbildungsoffensive. Bestehende Qualifizierungsangebote sollen ausgebaut und aufeinander abstimmt werden – auch in Verbindung mit tariflichen Strategien... Die Kosten der Maßnahmen sowie die Sicherung des Lebensunterhaltes sollten – je nach Nutzen – fair zwischen Betrieb, Gesellschaft und dem oder der Einzelnen aufgeteilt werden. Es muss darum gehen, allen Beschäftigten die gleichen Chancen auf Fort- und Weiterbildung zu ermöglichen...“ (S.25)  „Alle Bürgerinnen und Bürger sollen perspektivisch nach Eintritt ins Berufsleben über ein persönliches Entwicklungskonto verfügen, das sie für die Absicherung von Weiterbildungszeiten nutzen können.“ (S. 26)  „Zusätzlich wollen wir mehr Weiterbildungsstipendien ermöglichen und duale Studiengänge entschieden ausbauen.“ (S.19)	Grundsätzlich: DIE LINKE „fordert ein umfassendes Recht auf Weiterbildung. Die Qualifizierung der Beschäftigten ist eine gesellschaftliche Aufgabe, die nicht auf den Einzelnen abgewälzt werden darf.“ (RN 379)  „Bei der betrieblichen Weiterbildung dürfen Arbeitgeber nicht aus der Verantwortung entlassen werden. Fortbildungsmaßnahmen, die im Interesse der Unternehmen sind, müssen auch von diesen finanziert werden.“ (RN 382)  „Alle Beschäftigten müssen zum Zwecke der Weiterbildung einen Rechtsanspruch erhalten, ihre Arbeitszeit zeitweise zu reduzieren oder zeitlich begrenzt aussetzen zu können.“ (RN 384)  „Der Arbeitgeber muss während der Bildungsteilzeit einen teilweisen Lohnausgleich von mindestens 70 Prozent des Nettogehaltes und Sozialversicherungsbeiträge zahlen.“ (RN 387)  „Damit sich alle Unternehmen gleichermaßen an der Finanzierung beruflicher Weiterbildung beteiligen, schlägt DIE LINKE einen Weiterbildungsfonds vor, in den alle Unternehmen einer Branche einzahlen.“ (RN 394)	„Chancengerechtigkeit ist nicht nur eine Frage für junge Menschen. Es muss auch darum gehen, dass Menschen, die mitten im Leben stehen oder deren Lebensweg nicht gradlinig verläuft, ihre Zukunft selbst in die Hand nehmen können. Das heißt für uns, dass es auch später im Leben möglich sein muss, etwas dazulernen, sich weiterzubilden oder auch beruflich zu verändern.“ (S.180) „Unser Bildungssystem ist durch die Reformen vieler grün-mitregierter Länder besser, gerechter und durchlässiger geworden. Doch für echte Chancengleichheit sorgt es noch nicht. Immer noch entscheidet zu oft die soziale Herkunft über Bildungs- und Aufstiegschancen. Wir wollen Schulen, die auf die individuellen Bedürfnisse der Schüler*innen eingehen und sie ermutigen, nicht blockieren und bremsen die ermutigt und ertüchtigt, keine, die bremst oder blockiert. Um das zu erreichen, treten wir konsequent für den Ausbau des möglichst langen gemeinsamen Lernens ein. Wir wollen das Kooperationsverbot aufheben.“ (S.172) „Gute Bildung kostet Zeit und Geld. Beides ist für viele Menschen Mangelware. Die grüne BildungsZeit Plus sorgt mit einem Mix aus Zuschuss und Darlehen dafür, dass gerade die Menschen, die heute noch viel zu selten an Weiterbildungen oder dem	Bedarfsangepasste Qualifizierung für Arbeitslose (S. 63f.)  „Wir Freie Demokraten setzen uns für ein lebenslanges Lernen ein. Gerade kombiniertes Lernen bietet hierfür viele Möglichkeiten durch die Kombination aus Präsenzunterricht, Online-Selbstlerneinheiten und Praxisphasen... Wir unterstützen daher auch innovative Bildungsplattformen nach dem Vorbild der „Open University“, zu der jeder Bürger, unabhängig seines formellen Bildungsgrades, Zugang bekommen soll.“ (S.26f.)  „Wir Freie Demokraten setzen uns für eine Aufwertung und Ausweitung der dualen Ausbildung in Deutschland ein.“ (S.33)	„Wir wollen das weltweit geschätzte berufliche Bildungs- und Ausbildungssystem stärken. Der Wert und Nutzen der beruflichen Bildung muss stärker gewürdigt werden.“ (S. 44)  „Die AfD will die bewährten Diplom- und Magisterstudiengänge wieder einführen. Die Modularisierung des Studiums und die Akkreditierungsagenturen sollen abgeschafft werden.“ (S. 44)
--	---	--	---	---	--	---

				Nachholen von Schul- und Berufsabschlüssen teilnehmen, die Zeit und die Kosten dafür aufbringen können.“ (S.180)		
<b>Lernen in der digitalen Ökonomie</b>	„Wir werden mit einem Digitalpakt dafür sorgen, dass unsere allgemeinbildenden und beruflichen Schulen über die erforderliche Ausstattung verfügen, um ausreichend junge Menschen auf ihr Berufsleben im digitalen Zeitalter vorzubereiten. Wir stellen sicher, dass bundesweit alle Schulen an das schnelle Internet angebunden sind. Das Gleiche gilt für Hochschulen. Wir unterstützen die Schaffung einer innovativen neuen Bildungs-Cloud, mit der wir über Deutschland hinaus neue Maßstäbe setzen werden. Wir werden die Länder dabei unterstützen, durch Weiterbildung von ausreichend Lehrerinnen und Lehrer die digitalen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler möglichst umfassend zu fördern.“ (S.53)	„Wir brauchen eine Ausbildungsstrategie für die Arbeitswelt 4.0, um mit Veränderungen wie der Digitalisierung Schritt zu halten. Dafür muss das Berufsbildungsgesetz weiterentwickelt werden. Eine Schlüsselrolle haben hier die betrieblichen Ausbilderinnen und Ausbilder. Eine regelmäßige Weiterbildung muss Standard sein.“ (S.18) Die Digitalisierung der Hochschulen können Bund und Länder nur gemeinsam erreichen. Wir setzen uns dafür ein, dass mehr qualitativ hochwertige Online-Lernangebote an den Hochschulen entstehen, damit das Studium zunehmend orts- und zeitflexibel möglich wird.“ (S.19) „Die Digitalisierung der Arbeitswelt stellt besondere Anforderungen an die berufliche Aus-, Fort- und Weiterbildung. Durch den Einsatz digitaler Medien können moderne berufliche Aus- und Weiterbildungsgänge zeitgemäß gestaltet und dazu die digitalen Kompetenzen des pädagogischen Personals in den Bildungseinrichtungen und Unternehmen gestärkt werden.“ (S.25)	Zugang zu digitalen Technologien und zum Internet muss unabhängig vom Einkommen und sozialem Hintergrund ermöglicht werden (RN 1929)  Zusätzlich zum Ausbau der IT wollen wir Weiterbildungsangebote für das Lehrpersonal schaffen (RN 1934)  Jedes Kind soll ein mobiles Endgerät als Teil der Bildungsaustattung bekommen (RN 1938)  Schnelle und leistungsfähige Breitbandanschlüsse, WLAN und eine zeitgemäße Hard- und Software-Ausstattung an allen Schulen (RN 1940)	„Um Schulen zu sanieren, stellen wir in den nächsten fünf Jahren zehn Milliarden Euro bereit und machen damit 10.000 Schulen fit für die Zukunft. Wir wollen Schulen auch für die digitale Zukunft fit machen. Schulen sollen dann finanziell unterstützt werden, wenn sie stimmige pädagogische Konzepte für digitales Lernen vorlegen.“ (S. 182)	„Die Digitalisierung steckt voller Chancen für bessere Bildung: individuelleres Lernen, innovative Lehrmethoden und aktuellere Lehrmittel. Machen wir endlich davon Gebrauch!“ (S. 21)  „Wir Freie Demokraten wollen in den nächsten fünf Jahren pro Schüler zusätzlich insgesamt 1.000 Euro für Technik und Modernisierung investieren.“ (S. 26)  „Wir Freie Demokraten fordern die Online-Bereitstellung von Unterrichts- und Lehrmaterialien im Zusammenhang mit der universitären Lehre, sofern keine Rechte Dritter verletzt werden. Die digitale Revolution ermöglicht auch eine Revolution in der Lehre und Forschung. Vorlesungsaufzeichnungen, Livestreams oder Online-Zugänge zu Forschung erlauben es Lehrenden und Studierenden, flexibel und selbstbestimmt Inhalte zu erarbeiten.“ (S. 35)  „Zukünftig müssen alle Ausbildungsberufe ausschließlich mit digitalen Medien unterrichtet werden und das Fach Informatik wesentlicher Bestandteil der berufsschulischen Ausbildung sein... Wir Freie Demokraten setzen uns für mehr digitale Bildung in der dualen Ausbildung ein.“	„Zur Sicherung der wirtschaftlichen Basis müssen auf allen Ebenen in Schulen, Bildungs- und Forschungseinrichtungen die MINT-Fächer stärker gefördert werden. Dies erfordert neben finanziellen Mitteln auch eine anhaltende Kampagne für die Bedeutung und die Perspektiven solcher Ausbildungsgänge.“ (S. 66)  Die AfD lehnt den Einfluss von internationalen Konzernen, Stiftungen und anderen Lobbygruppierungen auf unser Bildungssystem und damit auf die Zukunftsfähigkeit Deutschlands ab. Eine Ökonomisierung und Globalisierung des deutschen Bildungswesens wird es mit uns nicht geben.“ (S.43)

**Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit - Gleiche Chancen für alle**

<b>Gesellschaftsbild und gesellschaftlicher Zusammenhalt</b>	„Ein starker Staat, der für Sicherheit, Bildung, soziale Sicherheit, öffentliche Infrastruktur und gute Umwelt sorgt, braucht Einnahmen zur Erfüllung seiner Aufgaben. Dazu dienen faire und gerechte Steuern und Abgaben. Nachhaltiges Wirtschaftswachstum und neue Arbeitsplätze tragen dazu bei, dass sich die Einnahmen des Staates stabil entwickeln. Starke Schultern tragen mehr als schwache, aber niemand darf durch Steuern so belastet werden, dass Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft sinken.“ (S. 33)	„Unsere Bildungspolitik schafft gleiche Chancen für alle. Denn noch entscheidet hier zu oft der Geldbeutel der Eltern. Deshalb machen wir die Bildung gebührenfrei. Und zwar von der Kita über die Ausbildung und das Erststudium bis zum Master und zur Meister-/Technikerprüfung.“ (S. 8f.)  „Wir werden die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung weiterentwickeln und dementsprechend einen Umbau der Bundesagentur für Arbeit zu einer Bundesagentur für Arbeit und Qualifizierung vorantreiben.“ (S. 26)  „Und wir sorgen dafür, dass sich Bürgerinnen und Bürger darauf verlassen können, unabhängig von Einkommen und Wohnort die beste medizinische und pflegerische Versorgung zu bekommen. Dafür schaffen wir eine Bürgerversicherung, in die alle einzahlen und durch die alle die notwendigen medizinischen Leistungen bekommen.“ (S. 40)	„Mehr Gerechtigkeit und eine starke öffentliche Daseinsvorsorge gibt es nur, wenn die Unteren entlastet werden – und die Oberen stärker belastet. Hohe Einkommen und Vermögen, Erbschaften und Gewinne aus Kapital und Aktien müssen stärker besteuert werden. Damit finanzieren wir Investitionen in eine gute öffentliche Versorgung und einen Sozialstaat, der alle Menschen sicher vor Armut schützt. (RN 1197)  „DIE LINKE steht für eine emanzipatorische und zukunftsweisende Familienpolitik. Familienpolitik muss darauf zielen, allen Menschen ein gutes, planbares Leben ohne Zukunftsangst zu ermöglichen. Dafür müssen öffentliche Infrastruktur und soziale Sicherheit wirksam ausgebaut werden.“ (RN 801ff.)	„Gesund bleiben, auch im Alter würdig und selbstbestimmt leben, bis zuletzt. Einen Platz in der Gesellschaft finden: All das schaffen wir nicht allein. Nur zusammen und solidarisch können wir einander soziale Sicherheit geben, uns bei Krankheit, Armut oder Verlust des Arbeitsplatzes gegenseitig zur Seite stehen. Unser Ziel: Alle Bürgerinnen und Bürger sollen gegen die großen Risiken des Lebens gut abgesichert sein – zu fairen und gerechten Bedingungen.“ (S.197)  „Doch es gibt Gruppen, die sind schlecht abgesichert: kleine Selbständige mit unsteten Lebensläufen, Frauen ohne eigene Rentenansprüche, niedrig Entlohnte ohne Geld für die Altersvorsorge...Wir müssen den Sozialstaat verbessern, damit er sein Sicherheitsversprechen für alle halten kann.“ (S.197)	„Andere Menschen haben Einschränkungen oder sind bei dem Versuch, in ihrem Leben voranzukommen, gestolpert. Oftmals sind sie auf die Hilfe der Gesellschaft angewiesen, um einen neuen Anlauf zu nehmen. Diese Hilfe unkompliziert und fair zu leisten, ist in einer offenen Gesellschaft selbstverständlich. Der Sozialstaat der Gegenwart jedoch ist bürokratisch, unübersichtlich und teuer. Helfen wir lieber fair, transparent und unkompliziert!“ (S.62)  „Wir Freie Demokraten setzen uns deshalb für die Einführung eines liberalen Bürgergeldes ein. Dabei werden steuerfinanzierte Sozialleistungen wie beispielsweise die Regelleistung und die Unterkunftskosten des Arbeitslosengelds II, die Grundsicherung im Alter, die Sozialhilfe zum Lebensunterhalt, der Kinderzuschlag und das Wohngeld, in einer Leistung und an einer staatlichen Stelle zusammengefasst.“ (S. 65)	Die AfD bekennt sich zur deutschen Leitkultur. Diese fußt auf den Werten des Christentums, der Antike, des Humanismus und der Aufklärung (...) Die Ideologie des „Multikulturalismus“ gefährdet alle diese kulturellen Errungenschaften.“ (S. 47)  „Unser Land steht vor großen sozialen Herausforderungen. Es gilt die hohe Kinderarmut und die drohende Altersarmut zu bekämpfen. Eine Vielzahl von Arbeitslosen ist in Beschäftigung zu bringen. Die Infrastruktur unseres Landes ist in Teilen heruntergewirtschaftet, ohne dass dies in den öffentlichen Haushalten abgebildet wird. Die Stabilisierung der Sozialsysteme erfordert bei einer schrumpfenden und alternden Bevölkerung besondere Anstrengungen.“ (S. 56)  „Unser Sozialstaat kann nur erhalten bleiben, wenn die geforderte finanzielle Solidarität innerhalb einer klar definierten und begrenzten
--	--	--	---	---	---	---

					„Wir Freie Demokraten setzen uns für Chancengleichheit von Frauen und Männern ein. Wir wollen, dass jeder Mann und jede Frau passende Rahmenbedingungen vorfinden, um das eigene Potenzial voll zu entfalten und das Leben nach eigener Vorstellung zu gestalten.“ (S.72)	Gemeinschaft erbracht wird. Die Auflösung des Nationalstaats führt unweigerlich zur Gefährdung unserer gewohnten sozialstaatlichen Errungenschaften.“ (S. 56)
<b>Rentenpolitik</b>	„Die Weiterentwicklung der Rente nach 2030 soll in einem partei- und fraktionsübergreifenden gesellschaftlichen Konsens unter Einbeziehung der Tarifpartner geregelt werden. Zu diesem Zweck setzen wir eine Rentenkommission ein, die bis Ende 2019 Vorschläge erarbeiten soll. Die gesetzliche Rente soll zentraler Pfeiler der Altersvorsorge bleiben. Daneben sind Betriebsrenten und die private Vorsorge (z. B. Riester-Renten) ebenfalls von großer Bedeutung für eine nachhaltige und gute Altersversorgung. Unser Ziel bleibt es weiterhin Altersarmut zu vermeiden. Sollte sich vor dem Jahr 2030 aufgrund der Empfehlungen der Kommission Handlungsbedarf bei der betrieblichen oder privaten Vorsorge ergeben, werden wir die notwendigen Maßnahmen ergreifen.“ (S. 44) „Wir haben die Zurechnungszeiten für Erwerbsminderungsrenten in diesem Zeitraum zweimal erhöht. Damit bekämpfen wir Altersarmut bei denen, die aufgrund von Krankheit vorzeitig in Rente gehen mussten. In der neuen Wahlperiode werden wir für diese Personengruppe weitere Verbesserungen durchsetzen.“ (S. 42)	Die SPD hat ein Konzept für die Rente bis 2030 in ihrem Wahlprogramm beschlossen. Dieses beinhaltet: • Stabilisierung des Rentenniveaus bei 48 Prozent bei einer Begrenzung der Beitragsbelastung auf 22 Prozent. • Solidarrente für langjährig Versicherte 10 Prozent über Grundsicherungsniveau (finanziert aus Steuermitteln) • Keine Erhöhung des Renteneintrittsalters • Einbeziehung von Selbständigen, die nicht über ein Versorgungswerk abgesichert sind, in die GRV (Erster Schritt zum Ziel des Ausbaus der GRV zur Erwerbstätigenversicherung.) • Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente (nicht genauer definiert) (S. 43 f.)	Rentenniveau muss auf 53 % angehoben werden; d.h. für durchschnittliche RentnerInnen 130 Euro mehr im Monat ( RN 556) Solidarische Mindestrente von 1.050 Euro (RN 561)  Rente ab 65 oder nach mindestens 40 Beitragsjahren (RN 631)  Ausbau der RV zu einer allgemeinen Erwerbstätigenversicherung: „Auch Politiker, Selbstständige, Freiberufler, Beamte und Manager sollen Beiträge in die GRV einzahlen.“ (RN 564)  Für jedes Kind sollen drei Entgeltpunkte auf dem Rentenkonto gutgeschrieben werden, das sind derzeit über 90 Euro. (RN 596)  „Die Riester-Rente wollen wir in die gesetzliche Rente überführen: Erworbene individuelle Ansprüche können übertragen werden.“ (RN 609)  -Erleichterung des Zugangs zu den Erwerbsminderungsrenten, die entsprechenden Abschläge sollen gestrichen werden. (RN 636)	„Das Niveau der gesetzlichen Rente sollte nicht weiter sinken. Wir können das schaffen und werden dabei darauf achten, dass Rentenniveau und Beitragssatz in einem angemessenen Verhältnis stehen, sodass auch die junge Generation bedacht wird.“ (S. 206)  „Menschen, die den größten Teil ihres Lebens gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt haben, garantieren wir eine echte Rente anstatt bedürftigkeitsgeprüfter Grundsicherung. Private und betriebliche Vorsorge werden auf unsere Garantierente nicht angerechnet. Mittelfristig streben wir eine Rentenversicherung für alle an.“ (S. 206f.) „Grundsätzlich halten wir an der Rente mit 67 fest. Wir wollen es Menschen aber leichter machen, selbst darüber zu entscheiden, wann sie in Rente gehen wollen. Dazu fördern wir eine echte Altersteilzeit durch eine attraktive Teilrente ab 60 Jahren, die insbesondere Arbeitnehmer*innen in belastenden Berufen zugutekommt.“ (S. 199)	„Wir Freie Demokraten wollen allen Älteren einen flexiblen Übergang in den Ruhestand ermöglichen. Dazu wollen wir ein politisch festgelegtes Renteneintrittsalter und die Hinzuverdienstgrenzen abschaffen.“ (S.57)  „Wir Freie Demokraten wollen die Altersvorsorge nach dem Baukastenprinzip organisieren. Denn das Praktische an Bausteinen ist, dass man sie immer wieder neu und vielseitig kombinieren kann. So kann sich jeder flexibel die Altersvorsorge zusammenstellen, die zu seinem Lebensweg passt...Es ist unumgänglich, das Rentenniveau in der gesetzlichen Rente daran anzupassen, dass die Menschen in Deutschland immer älter und zugleich weniger werden. Als einzige Alternative zu drastisch steigenden Beitragssätzen ist die ergänzende Vorsorge unverzichtbar.“ (S.58)  „Deshalb wollen wir alle Hinzuverdienstgrenzen neben dem Rentenbezug abschaffen.“ (S. 58)	Rentenpolitische Forderungen der AfD: • bessere Berücksichtigung der Leistungen von Eltern in der Rentenversicherung • Gewährung der Rente bei „einer klar definierten anrechenbaren Lebensarbeitszeit statt, wie bisher vom Lebensalter abhängig“; - an anderer Stelle im selben Programm heißt es konkreter: „Bei einer Lebensarbeitszeit von 45 Jahren soll künftig der Rentenanspruch abschlagsfrei gegeben sein. Bei der Berechnung der Rente werden alle Beitragszeiten in dem Maß berücksichtigt, in dem sie tatsächlich erbracht wurden.“ • Freistellung der Erwerbseinkommen von Rentnern von Rentenversicherungsbeiträgen • Aufschlag zur Grundsicherung für Rentenansprüche, die durch Arbeitsleistung „und andere anrechenbare Zeiten, z.B. Erziehungszeiten“, erworben wurden • Anhebung der Steuermittel für die Rentenversicherung – zur Gegenfinanzierung Beendigung der „derzeitigen Migrationspolitik“ • „echte versicherungsfremde Leistungen“ sollen entweder ausgegliedert oder über staatliche Transferleistungen finanziert werden (S.57f.)
<b>Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung</b>		„Wir wollen alle Bürgerinnen und Bürger auf die gleiche Weise versichern. Ziel ist die paritätische Bürgerversicherung. Paritätisch bedeutet: Arbeitgeber und Versicherte werden wieder den gleichen Anteil am gesamten Versicherungsbeitrag zahlen. Daher schaffen wir den einseitigen Zusatzbeitrag der Versicherten ab.“ (S.40)	solidarische Gesundheitsfinanzierung, in die Alle entsprechend ihres gesamten Einkommens einzahlen (RN 896)  Beitragssatz von derzeit durchschnittlich 15,7 Prozent (2017) dauerhaft auf unter 11 Prozent absenken; Arbeitgeber und Versicherte zahlen jeweils die Hälfte, also 5,5 Prozent. (RN 906)	„Wir wollen eine gerecht finanzierte Bürger*innenversicherung im Gesundheits- und Pflegesystem. ...Bei den Löhnen zahlen Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen wieder jeweils die Hälfte des Beitrages und die Zusatzbeiträge werden abgeschafft.“ (S. 207)	„Wir Freie Demokraten stehen für Eigenverantwortung und Solidarität im Gesundheitssystem, in dem die Wahlfreiheit des Versicherten durch Kassenvielfalt gewährleistet ist. Dazu setzen wir uns neben einer starken privaten Krankenversicherung (PKV) auch für eine freiheitliche gesetzliche Krankenversicherung (GKV) ein. Einer als ‚Bürgerversicherung‘ getarnten staatlichen Zwangskasse erteilen wir eine klare Absage.“ (S. 86)	„Die AfD setzt sich dafür ein, dass der Arbeitgeberanteil zur Kranken- und Pflegeversicherung wieder auf die gleiche Höhe wie der Arbeitnehmeranteil festgelegt wird. Die Risiken der Kostensteigerungen im Gesundheitswesen allein auf die Arbeitnehmer abzuwälzen, wie es die letzten Bundesregierungen getan haben, ist unsystematisch.“ (S.58)
<b>Steuersystem</b>	„Die gute wirtschaftliche Lage macht es möglich, die Einkommensteuer um gut 15 Milliarden Euro zu senken. Diese Entlastung soll in erster Linie der Mitte unserer Gesellschaft, also Familien mit Kindern, Arbeitnehmern, Handwerk und Mittelstand zugutekommen. Wir werden den Einkommensteuertarif insgesamt gerechter ausgestalten und den sogenannten „Mittelstandsbauch“ verringern. Der Spitzensteuersatz, der immer häufiger bereits bei Einkommen von Facharbeitern, Handwerkern und Mittelständlern greift, soll künftig erst bei einem steuerpflichtigen	Die Maßnahmen in der Übersicht: • Abschaffung des Solidaritätszuschlags ab 2020 für Ledige mit zu versteuerndem Einkommen bis zu 52.000 Euro (Ehepaare 104.00 Euro) • Steuersatz von 42 Prozent erst ab zu versteuerndem Einkommen von 60.000 Euro für Ledige (bisher ab 54.000 Euro) • Spitzensteuersatz von 45 Prozent ab zu versteuerndem Einkommen von 76.200 Euro für Ledige (152.400 Euro für Ehepaare) • Zusätzliche Reichensteuer in Höhe von 3 Prozent ab zu versteuerndem	Abschaffung des Hartz IV-Systems und anstatt dessen „eine Mindestsicherung ohne Sanktionen und Kürzungsmöglichkeiten in Höhe von 1.050 Euro“. Gilt für Erwerbslose, aufstockende Erwerbstätige, Langzeiterwerbslose und Erwerbsunfähige. (RN 163)  monatlichen Grundfreibetrag auf 1.050 Euro erhöhen (RN 187)  Einführung einer Finanztransaktionssteuer (RN 1235)  Spitzensteuersatz: 53 % ab 70.000	„Um schädlichen Steuerwettbewerb effektiv zu verhindern, sollte die Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage mit einem Mindeststeuersatz für alle in der EU ansässigen Unternehmen verbunden und regelmäßig zum Beispiel vom Europäischen Parlament überprüft werden.“ (S. 73) „Wir wollen kleine und mittlere Einkommen durch eine Erhöhung des Grundfreibetrags entlasten und zur Gegenfinanzierung den Spitzensteuersatz oberhalb von 100.000 Euro an zu versteuerndem Single-Einkommen erhöhen. Für	„...wollen einen fairen Tarif bei der Einkommensteuer. Heute steigt die Steuerlast bei kleinen und mittleren Einkommen besonders schnell an. Das ist leistungsfeindlich und ungerecht. Ein Durchschnittsverdiener darf nicht fast schon den höchsten Steuersatz zahlen.“ (S. 120)  „Wir wollen die Balance zwischen Privat und Staat wiederherstellen und deshalb die übermäßige Umverteilung von Privat zu Staat beenden. Dabei halten wir ein Entlastungsvolumen von mindestens 30 Milliarden Euro für eine angemessene Zielgröße...Deshalb	„Unser Steuersystem ist das komplexeste der Welt... Globalisierung und Euro-Krise verlangen ein grundsätzliches Umdenken. Die demografische Entwicklung bringt die sozialen Sicherungssysteme in Gefahr. Die ungesteuerte Migration verschlimmert diese Probleme dramatisch. Die Behauptung, sie trage zur Problemlösung bei, widerspricht allen Tatsachen...“ (S. 50)  Konkrete Forderungen: • Absenkung der Mehrwertsteuer um 7 Prozent • Abgabenbremse von maximal 40

	Jahreseinkommen von 60.000 Euro einsetzen.“ (S. 34) „Wir wollen keine Steuererhöhungen.“ (S. 32) „Deshalb lehnen wir jede Verschlechterung bei der Erbschaftsteuer ab. Die Wiedereinführung der Vermögensteuer schließen wir aus.“ (S. 34)	Jahreseinkommen von 250.000 Euro für Ledige • Höhere Belastung „sehr großer Erbschaften“ • Begrenzung der steuerlichen Absetzbarkeit von Managergehältern auf 500.000 Euro • Entlastung von Familien durch Abschaffung der Kita-Gebühren • Familientarif mit Kinderbonus statt Ehegattensplitting bei Vertrauensschutz für bestehende Ehen. (S.51ff.)	zVE. „Mit unserem Steuerkonzept werden alle entlastet, die weniger als 75.000 Euro zu versteuern haben.“; steuerfrei alle Einkommen unter 12.600 Euro im Jahr (RN 188)  Einführung einer „Reichensteuer“: „Wir sehen zwei Stufen einer gesonderten Reichensteuer vor: 60 % ab rund 260.000 Einkommen und 75 Prozent ab einer Million Euro.“ (RN 189)	Mittelstand, Selbständige und Arbeitnehmer*innen wollen wir das Steuersystem gleichzeitig vereinfachen, um sie dadurch zu entlasten.“ (S. 194f.)	knüpfen wir die Umsetzung unserer steuerlichen Forderungen an das tatsächliche Eintreffen der durch die Steuerschätzung prognostizierten Steuermehreinnahmen.“ (S. 119f.)  „Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wollen wir die Pauschbeträge erhöhen...“ (S. 121)  „Wir wollen den Solidaritätszuschlag bis Ende 2019 abschaffen.“ (S. 122)  „Deshalb lehnen wir eine Wiedereinführung der Vermögensteuer und eine weitere Verschärfung der Erbschaftsteuer ab. ... Bei Erbschaften zwischen Ehegatten oder eingetragenen Lebenspartnern wollen wir, dass zukünftig keine Erbschaftsteuer anfällt.“ (S. 122)	Prozent des BIP für Steuern und Abgaben; „zukunftsorientiertes Steuersystem“, das „selbstverständlich auch die erforderlichen sozialen Belange berücksichtigt“ • Einkommensteuer: Anhebung des Grundfreibetrags auf pfändungsfreies Einkommen, Entlastung der geringen und mittleren Einkommen, Ablösung des progressiven Steuertarifs durch Steuerstufen • Abschaffung der Erbschaftsteuer • keine Reaktivierung der Vermögensteuer: „Die Übergabe von Vermögen – auch und gerade in Unternehmen gebundenes – ist Privatangelegenheit und darf nicht dem Staatseingriff ausgesetzt werden.“ • „faire Unternehmensbesteuerung“: Besteuerung von Gewinnen dort, wo sie entstehen (S. 50f.)
<b>Kindergeld, Pflegegeld und Bafög</b>	„Wir werden die finanzielle Situation junger Familien spürbar verbessern, indem wir den Kinderfreibetrag in zwei Schritten auf das Niveau des Erwachsenenfreibetrags anheben und das Kindergeld entsprechend erhöhen. In einem ersten Schritt werden wir das Kindergeld um 25 Euro je Kind erhöhen....“ (S. 34)	„Wenn beide Eltern ihre Arbeitszeit partnerschaftlich aufteilen, erhalten sie das Familiengeld.“ (S. 9)  „Gleichzeitig wollen wir ein nach Einkommen und Kinderzahl gestaffeltes Kindergeld einführen, das Kindergeld und Kinderzuschlag zusammenführt.“ (S. 11)  „Wenn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer darüber hinaus länger ihre Arbeitszeit für die Pflege von Angehörigen verringern möchten, erhalten sie das Familiengeld für Pflege.“ (S.15)  „Das Schüler-BAföG in den allgemeinbildenden Schulen und in den nicht-dualen Ausbildungen wollen wir ausbauen. Das Studierenden-BAföG soll durch höhere Einkommensgrenzen weiter geöffnet werden. Die Altersgrenzen werden wir deutlich anheben und flexiblere Förderansprüche schaffen – zum Beispiel für Teilzeitstudien und Weiterbildungs-Master. Soziales und politisches Engagement wollen wir stärker bei der Förderung berücksichtigen. Das Meister-BAföG werden wir weiterentwickeln und stärken. Wir werden die Aus- und Weiterbildungsfinanzierung unter ein gemeinsames Dach „BAföG-Plus“ stellen.“ (S.21)	flexibler Elterngeldanspruch von zwölf Monaten pro Elternteil (bzw. 24 Monate für Alleinerziehende) (RN 828)  Das Elterngeld soll zu einem Elterngeldkonto (RN 829) werden; darf nicht auf andere Transferleistungen wie Hartz IV angerechnet werden (RN 835)  eigenständige, individuelle Grundsicherung von 564 Euro für Kinder und Jugendliche (RN 768)  Kindergeld soll auf 328 Euro erhöht werden (RN 783)  Pflegevollversicherung, die alle pflegebedingten Leistungen umfasst (RN 1131)  elternunabhängiges, rückzahlungsfreies BAföG in Höhe von 1.050 Euro; Auszahlung nach Bedarf, auch zusätzlich Wohngeld (RN 1876)  Rechtsanspruch für Beschäftigte auf Freistellung von bis zu sechs Wochen für akut notwendige Pflegeversorgung (RN 2328)	„Eltern mit geringen Einkommen erhalten einen einkommensabhängigen Kindergeldbonus, der ihren Bedarf (sächliches Existenzminimum) unbürokratisch und ohne Antrag garantiert. Eltern mit geringen Einkommen erhalten den Kindergeldbonus in voller Höhe.“ (S. 212)  „Mit dem Familien-Budget werden Kinderfreibetrag, Kindergeld, Kinderzuschlag und Kinderregelsatz zu einer unbürokratischen Leistung zusammengeführt.“ (S. 213)  „Wer Pflegebedürftige unterstützt, für den schlagen wir eine dreimonatige Pflegezeit Plus mit Lohnersatzleistung vor. Sie soll sich am Einkommen orientieren wie es beim Elterngeld der Fall ist.“ (S. 220)  „Daher muss die Studienfinanzierung grundlegend verändert werden: Das BAföG muss wieder zum Leben reichen und für Studierende jeden Alters und in Teilzeit geöffnet werden.“ (S. 178)	„Dieses „Kindergeld 2.0“ besteht aus folgenden Komponenten: dem einkommensunabhängigen Grundbetrag, dem einkommensabhängigen Kinder-Bürgergeld (Flexi-Betrag), das die wirtschaftliche Situation der Eltern berücksichtigt, und den Gutscheinen für Leistungen für Bildung und Teilhabe.“ (S.93)  „Wir Freie Demokraten setzen uns für eine elternunabhängige Ausbildungsförderung für volljährige Schüler, Auszubildende und Studierende ein. Junge Menschen sind eigenständige Persönlichkeiten, die sich selbst für ihren Ausbildungsweg entscheiden wollen. Die Wahl der Ausbildung stellt für sie die Weichen für die Zukunft. Schüler, Auszubildende und Studierende sollen ihren Talenten folgen und müssen ihre Wahl frei und ohne Geldsorgen treffen können. Deshalb darf die Finanzierung auch für niemanden an den Vorstellungen der Eltern oder deren Einkommen scheitern. Die Förderung besteht aus einem Zuschuss in Höhe von 500 Euro sowie einem Darlehensangebot.“ (S.30)	„Studenten und Auszubildenden, die während ihres Studiums bzw. ihrer Ausbildung oder kurz danach Eltern werden, wollen wir bei gutem Berufs- oder Studienabschluss die BaFöG-Rückzahlung erlassen.“ (S. 40)  „Der Staat muss dafür die elterliche Betreuung genauso finanziell unterstützen wie Kitas und Tagesmütter.“ (S.39)  „Die AfD will auch die Fürsorge für pflegebedürftige Angehörige besser unterstützen. Diese Familienarbeit ist gleichwertig und muss anerkannt werden wie jede andere berufliche Tätigkeit.“ (S. 39)
<b>Einwanderungsgesetz</b>	„Deshalb braucht Deutschland ein Regelwerk zur Steuerung von Einwanderung in den Arbeitsmarkt, das sich am Bedarf unserer Volkswirtschaft orientiert. Ein solches „Fachkräfte-Zuwanderungsgesetz“ wird die bereits bestehenden Regelungen zusammenfassen und, wo nötig, effizienter gestalten. Voraussetzung sind der Nachweis eines konkreten Arbeitsplatzes und die Sicherung des Lebensunterhalts.“ (S. 12)	„Und wir brauchen ein Einwanderungsgesetz, das transparent und verständlich regelt, wer aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland einwandern kann und wer nicht.“ (S.74)  „Wir wollen deshalb ein Einwanderungsgesetz schaffen, mit dem wir den Zuzug qualifizierter Arbeitskräfte nach Deutschland besser steuern können. Es ist wichtig, im	„Wir wollen eine solidarische Einwanderungsgesellschaft: mit sozialer Sicherheit statt Konkurrenz um Arbeitsplätze, Wohnungen und Bildung.“ (RN 213ff.)  Wiederherstellung des Asylrechts (RN 210)	„Wir wollen wissen, wer nach Europa kommt, wir wollen geregelte Verfahren und eine Kontrolle der europäischen Außengrenze. Nicht jeder, der zu uns kommt, kann bleiben, aber jeder hat Anspruch auf ein rechtsstaatliches rechtsstaatliches Verfahren und den Schutz seiner Menschenrechte auch nach einer Ablehnung.“ (S. 99)  „Wir wollen diese Einwanderung vernünftig regeln und die Integration	„Wir Freie Demokraten wollen ein geordnetes Einwanderungsrecht schaffen, das nach Möglichkeit in einem Einwanderungsgesetzbuch zusammengefasst wird. Dabei muss zwischen individuell politisch Verfolgten, Kriegsflüchtlings und dauerhaften Einwanderern klar unterschieden werden.“ (S. 68)  „Wir Freie Demokraten wollen die Anerkennung ausländischer Berufs-	„Ziel der AfD ist Selbsterhaltung, nicht Selbstzerstörung unseres Staates und Volkes.“ (S.28)  • Umgehende Schließung der Grenzen zur Beendigung der „ungeregelten Massenimmigration in unser Land und seine Sozialsysteme durch überwiegend beruflich unqualifizierte Asylbewerber“ • Vorrang familien- und bevölkerungspolitischer Maßnahmen

	<p>„Durch ein regelmäßiges Integrations-Monitoring wollen wir den Erfolg unserer Bemühungen überprüfen und Fehlentwicklungen frühzeitig korrigieren. Dies ist im Interesse aller Beteiligten. Wir wollen, dass möglichst alle, die mit Bleibeperspektive neu nach Deutschland kommen, baldmöglichst ihren Lebensunterhalt aus eigener Kraft bestreiten können. Dazu sind das Erlernen der deutschen Sprache und die Bereitschaft zu beruflicher Bildung unerlässlich.“ (S. 75)</p>	<p>weltweiten Wettbewerb um die klügsten und innovativsten Köpfe an der Spitze zu stehen. Wir wollen ein flexibles und an der Nachfrage nach Fachkräften orientiertes Punktesystem nach kanadischem Modell einführen.“ (S. 77)</p>		<p>fördern, um das friedliche Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlicher Herkunft und Religion zu sichern. Wir empfinden es als Reichtum wenn wir in uns selbst, unseren Familien, Nachbarschaften und den Freundeskreisen unserer Kinder unterschiedlichen Kulturen begegnen.“ (S.111)</p> <p>„Fachkräfte, deren Ideen und Motivation unser Land dringend braucht, sollen einfacher als bisher einen Arbeitsplatz in Deutschland suchen könnenWir werden Deutschland attraktiv machen für ausländische Studierende und Menschen, die in Deutschland eine berufliche Ausbildung absolvieren oder sich bei uns beruflich nachqualifizieren möchten.“ (S. 111)</p>	<p>und Bildungsabschlüsse beschleunigen. Denn ein schneller Zugang zum Arbeitsmarkt ist doppelt wichtig.“ (S. 70)</p>	<p>vor Zuwanderung</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• ausschließlich Zulassung qualifizierten Zuzugs nach Bedarf</li> <li>• „Zuwanderung nach unseren Regeln“ für „Minuszuwanderung“ über mehrere Jahre</li> <li>• „nationale Souveränität bei jeder Form der Zuwanderung“</li> <li>• „Anpassung“ als „Aufgabe des Einwanderers, nicht ‚der Gesellschaft‘“</li> <li>• gegen „Einwanderung in die Sozialsysteme“ und „Familiennachzug in die Sozialsysteme“</li> <li>• Erleichterung von Ausweisung und Rücknahme der Einbürgerung</li> <li>• Verhinderung des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit „durch bloße Geburt in Deutschland“ (S.28ff.)</li> </ul>
--	--	--	--	--	---	--

**Nachhaltige Industriepolitik & soziales Europa**

<p><b>Grundsätzliche Haltung zur europäischen Integration</b></p>	<p>„Deshalb wollen CDU und CSU ein starkes, selbstbewusstes und dynamisches Europa. Ein Europa, das imstande ist, seine Interessen zu wahren und sich seiner internationalen Verantwortung zu stellen. Ein Europa der Freiheit, der Sicherheit und der Prosperität, die es – falls erforderlich – auch gemeinsam verteidigen kann.“ (S. 55)</p> <p>„Mit dem Gemeinsamen Markt und dem europäischen Binnenmarkt hatte die EU die Voraussetzungen für einen jahrzehntelangen wirtschaftlichen Aufschwung ihrer Mitgliedstaaten geschaffen. Dafür sorgten die Freizügigkeit von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeit, das Beihilfen- und Wettbewerbsrecht und die Abschaffung der Grenzkontrollen.“ (S. 57)</p>	<p>„Deshalb kämpfen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für Europa – gerade jetzt, da das Einigungswerk von innen wie von außen bedroht ist wie vielleicht noch nie in seiner Geschichte. Wir wollen ein europäisches Deutschland, kein deutsches Europa!“ (S. 95)</p> <p>„Wir wollen eine europäische Sozialunion, die ihre Politik an den Bedürfnissen der Menschen ausrichtet, soziale Mindeststandards sichert und Lohn- und Sozialdumping wirksam unterbindet.“ (S. 96f.)</p> <p>„Wir machen eine präventive, umfassende Friedens- und Entwicklungspolitik zum strategischen Schwerpunkt der europäischen Politik.“ (S. 99)</p>	<p>Die deutsche Regierung spielt eine zentrale Rolle dabei, die Europäische Union zum Wettbewerbsraum umzubauen.“ (RN 3563)</p> <p>"Wir wollen einen Neustart der Europäischen Union. Dazu gehört, die Parlamente zu stärken und die Politik von Austerität und Freihandel zu beenden.“ (RN 3583)</p> <p>„Wir wollen eine aktive staatliche Industriepolitik, die sich am Gemeinwohl orientiert, nicht an den Profiten der Exportindustrie: Wir setzen auf eine stärkere Konzentration auf den Binnenmarkt und wo möglich auf regionale Wirtschaftskreisläufe und ökologisch zukunftsfähige, alternative Produktion.“ (RN 2686ff.)</p>	<p>„Globalisierung und Digitalisierung sind keine Naturgewalten, die sich gegen den Menschen richten. Sie können unser Leben besser machen, wenn wir international faire Regeln durchsetzen und die Bürgerrechte schützen. Auch hier müssen der Mensch und demokratische Grundwerte im Mittelpunkt stehen.“ (S.7)</p> <p>Das Zusammenleben von Menschen verschiedener Herkunft, Religion und Kultur bringt uns weiter, aber es verlangt auch allen etwas ab. Deshalb stärken wir das Band, das unsere Gesellschaft eint und zusammenhält. Das Grundgesetz und seine Werte gelten für alle. Keine Toleranz der Intoleranz. All das erreichen wir nur in einem vereinten Europa.“ (S. 10)</p>	<p>„Wir Freie Demokraten sind überzeugte Europäer. Denn die Geschichte hat gezeigt, in welche Sackgassen aggressiver Nationalismus führt. Das europäische Projekt hat unserem Kontinent Frieden und Wohlstand gebracht. Doch kann niemand übersehen, dass einzelne Teile heute noch nicht perfekt sind. Daher lasst uns Europa stärker machen, indem wir seine Schwächen beheben!“ (S. 108)</p> <p>„Die EU ist auf gemeinsame Werte wie Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Demokratie gestützt, die gemäß Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union für jedes Mitglied verbindlich sind. Wir setzen uns für eine Reform der Rechtsstaatskontrolle ein, um bei dauerhaften Verletzungen unserer Werte auch unterhalb der Schwelle des Stimmentzugs wirksame Sanktionen verhängen zu können. Denn nur wenn wir selbst von der Wirkungskraft unserer Werte überzeugt sind und ihnen bei Gegenwind Geltung verschaffen, stärken wir Europa als Wertegemeinschaft.“ (S.113)</p>	<p>„Mit den Verträgen von Schengen, Maastricht und Lissabon wurde rechtswidrig in die unantastbare Volkssouveränität eingegriffen. ... Wir wollen den souveränen, demokratischen Nationalstaat erhalten! Die AfD steht für die Freiheit und Selbstbestimmung der europäischen Nationen.“ (S. 7)</p> <p>Die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa und das Entstehen von „verlorenen Generationen“ führt die AfD auf eine verfehlte Finanzpolitik der EZB zurück und prognostiziert, dass die „...Völker Europas... diese Entwicklung nicht klaglos hinnehmen und sich zu Recht gegen die politischen Eliten auflehnen“ werden. (S. 14)</p>
<p><b>Wirtschaftspolitik</b></p>	<p>„Wir werden dafür sorgen, dass die Rahmenbedingungen für den Industriestandort Deutschland auch künftig gut sind. Dazu gehören stabile Lohnnebenkosten und Sozialabgaben ebenso wie steuerliche Fairness im Vergleich zu anderen Ländern in Europa und weltweit.“ (S. 10)</p> <p>„Ein Wirtschafts- und Industrieland wie Deutschland braucht eine langfristig sichere, bezahlbare und saubere Energieversorgung. Diesem Ziel sind CDU und CSU verpflichtet... Strom muss langfristig für alle Unternehmen und Betriebe sowie privaten Verbraucher bezahlbar bleiben. (S. 21)</p> <p>„Wir unterstützen die Antriebswende im</p>	<p>„Wir sind nicht einzeln stark, sondern nur gemeinsam. Daher brauchen wir eine koordinierte Wirtschaftspolitik in Europa.... Dafür brauchen wir eine bessere und wirksamere Integration der Wirtschaftspolitik – perspektivisch mit der Einrichtung einer Wirtschaftsregierung für den Euro-Raum.“ (S. 98)</p> <p>„Der Schlüssel für den Erfolg unserer Wirtschaft sind höhere Investitionen. Investitionen zahlen sich um ein Vielfaches aus – für private Investoren, für den Staat und für die Gesellschaft insgesamt.“ (S.28)</p> <p>„Wir wollen, dass Deutschland der Standort der führenden Automobilindustrie bleibt. Die Zukunft des Automobils ist elektrisch. Deshalb</p>	<p>TTIP, CETA, TISA und EPAs sollen gestoppt werden. Freihandelsabkommen heizen den Standortwettbewerb an und untergraben soziale Rechte (RN 3436)</p> <p>Großbanken entmachten, Banken unter demokratische Kontrolle setzen und in öffentliches Eigentum überführen (RN 2543)</p> <p>schärferes Wettbewerbs- und Kartellrecht für Strom-, Gas- und Mineralölkonzerne (RN 2823)</p> <p>Sozial schädliche Wirtschaftsbereiche (Rüstungsindustrie und fossile Energieversorgung) sollen umgebaut werden um neue Arbeitsplätze zu</p>	<p>Ein zentrales Projekt der Grünen ist die ökologische Modernisierung: ein „gigantisches Innovations- und Investitionsprogramm“ und „ein Jobmotor“. „Sie schafft neue Arbeit, nicht nur für Ingenieur*innen und Programmierer*innen, sondern auch für Handwerker*innen und Bauarbeiter*innen. Jede in die Gebäudesanierung investierte Milliarde schafft 10.000 zusätzliche Arbeitsplätze im Baugewerbe, im Handwerk und in der Industrie. Seit zehn Jahren wächst der globale Markt für Umweltechnik und Ressourceneffizienz rasant. Deutsche Firmen sind bei Green Tech gut aufgestellt.“ (S.43)</p> <p>„Die Grünen wollen der</p>	<p>„Wir Freie Demokraten wollen einfachere Regeln für kleine und mittlere Unternehmen. ... Je komplizierter das Steuer-, Sozialversicherungs- oder Arbeitsrecht wird, desto stärker wirkt sich das als taktischer Nachteil im Wettbewerb mit großen Konzernen aus. Hier wollen wir abhelfen.“ (S.42f.)</p> <p>„Wir Freie Demokraten setzen uns für eine Digitalisierungsoffensive im Verkehrswesen ein. Damit wollen wir den Verkehr hierzulande mit mehr Digitalisierung wieder auf die Überholspur bringen. Ob auf der Straße, Schiene, über Wasser oder in der Luft - überall bieten sich durch intelligente Verkehrssysteme und</p>	<p>Die AfD hält den Euro für eine Fehlkonstruktion und folgert: „Die weitere Mitgliedschaft in der Eurozone ist für Deutschland unbezahlbar... Deshalb muss Deutschland die Transferunion aufkündigen und den Euroraum verlassen.“ (S. 14)</p> <p>Die AfD ist gegen die Energiewende und setzt weiter auf Atomkraft und Kohlestrom. Das EEG soll ersatzlos gestrichen werden. Neue Windkraftanlagen gibt es nur unter strengen Bedingungen. Zudem müsse sich „die Laufzeit sicherer Kernkraftwerke... nach der technischen Nutzungsdauer richten.“ Und „die Elektromobilität muss sich wie jede Technik auf marktwirtschaftlicher Basis</p>

	<p>Verkehr und verfolgen eine technologieoffene Gesamtstrategie zur Förderung des Markthochlaufs alternativer Kraftstoffe und Antriebe wie der Elektromobilität und der Brennstoffzelle. Die Förderung des Aufbaus einer flächendeckenden Lade- und Tankinfrastruktur, die alle Regionen für die Elektro- und Wasserstoffmobilität erschließt, führen wir fort – und errichten 50 000 Ladesäulen in ganz Deutschland. Wir wollen die Elektromobilität vor allem in den Städten deutlich ausbauen.“ (S. 47)</p>	<p>ist der Aufbau einer Batteriezellenfertigung in Deutschland von zentraler strategischer Bedeutung.“ (S. 29)  „Industrie 4.0 ist die vierte industrielle Revolution – nach Dampfmaschine, Elektrifizierung und Automatisierung. Jeder dieser Veränderungsprozesse wurde von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften sozial verträglich gestaltet. Wir werden auch den digitalen Wandel unserer Wirtschaft aktiv begleiten.“ (S. 29)  „Mit dem wirtschaftspolitischen Programm „Innovationsmotor Mittelstand“ werden wir unsere mittelständischen Unternehmen im Wandel unterstützen.“ (S. 29)</p>	<p>sichern/ neue zu schaffen (RN 2690)  Kohleausstieg (RN 2885)  Strukturwandelfonds in Höhe von jährlich 250 Millionen Euro für die soziale Absicherung (RN 2890)</p>	<p>Automobilbranche zum Sprung ins 21. Jahrhundert helfen: „Dass dieser Sprung gelingt, ist... auch von großer Bedeutung für den sozialen Zusammenhalt in unserem Land. Denn wir wollen verhindern, dass Wolfsburg oder Stuttgart das Detroit von morgen werden. Deshalb braucht es jetzt klare Rahmenbedingungen für diesen Industriezweig. Diese setzen wir mit einem klaren Fahrplan für den Ausbau der Elektromobilität und mit dem Ausstieg aus dem fossilen Verbrennungsmotor.“ (S.43)</p>	<p>Mobilität 4.0 mit vollautomatisiertem und autonomem Fahren große Chancen.“ (S. 49)  „Denn wir sehen in staatlicher Investitionslenkung, wie beispielsweise der zwangsweisen Einführung von Elektroautos durch ein Verbot von Verbrennungsmotoren, keine geeignete Klimaschutzstrategie.“ (S. 138)  „Wir Freie Demokraten setzen uns für flexible Ladenöffnungszeiten ein. In unserer modernen, digitalisierten Lebensrealität erscheinen feste gesetzliche Öffnungszeiten antiquiert.“ (S.42)  „Wir fordern einen spürbaren Abbau von Außenwirtschaftsbürokratie, sodass beispielsweise bei der Exportkontrolle identische und zeitintensive Doppelprüfungen durch BAFA und Zoll wegfallen.“ (S.44)  „Der Welthandel ist der größte Motor für Wohlstand und schafft die Grundlagen für Beschäftigung und Einkommen. Grenzüberschreitender Handel kann das Potenzial für inklusiven und nachhaltigen Wohlstand am ehesten entfalten, wenn rechtsverbindliche Regeln für globale Wertschöpfungsketten bestehen.“ (S.103)</p>	<p>entwickeln.“ (S. 65)  Die AfD fordert den diskriminierungsfreien Zugang zu ausländischen Import- und Exportmärkten für deutsche Unternehmen. Dazu gehören auch der Zugang zu Rohstoffen und die Freiheit der Handelswege.... Wir fordern außerdem eine stärkere Kontrolle und Berücksichtigung gesamtwirtschaftlicher deutscher Interessen, wenn ausländische Konzerne eine deutsche Firma übernehmen wollen. (S.20)</p>
<p><b>Unternehmensmitbestimmung</b></p>		<p>„Wir werden den Schwellenwert für die Geltung der paritätischen Mitbestimmung auf 1.000 Beschäftigte senken....Das deutsche Mitbestimmungsrecht muss auch auf Unternehmen in ausländischer Rechtsform mit Sitz in Deutschland bzw. auf die deutsche Zweigniederlassung erstreckt werden.“ (S. 23f.)  „Starke Gewerkschaften und Tarifverträge gewährleisten eine angemessene Bezahlung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Wir müssen die Mitbestimmungsrechte in ganz Europa stärken.“ (S. 97)</p>	<p>„DIE LINKE fordert gemeinsam mit den Gewerkschaften eine soziale Fortschrittsklausel in den EU-Verträgen. Soziale Grundrechte und die Tarifautonomie müssen Vorrang vor den Binnenmarktfreiheiten haben“ (RN 3635f.)</p>			